

Ressort: Politik

Union und SPD einigen sich auf Obergrenze für Renten-Beitragssatz

Berlin, 31.01.2018, 10:59 Uhr

GDN - Union und SPD wollen für den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung eine Obergrenze von 20,0 Prozent bis zum Jahr 2025 festschreiben. Eine entsprechende Einigung sei in den Koalitionsverhandlungen erzielt worden, berichten die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Donnerstagsausgaben unter Berufung auf Verhandlungskreise.

Aktuell liegt der Beitragssatz bei 18,6 Prozent. Für die geplante Ausweitung der Mütterrente, für die jährliche Mehrausgaben von etwa 3,4 Milliarden Euro erwartet werden, soll es den Angaben zufolge "keine zusätzlichen Steuermittel" geben - was im Ergebnis eine Finanzierung aus Beitragsmitteln und den Rücklagen der Rentenversicherung bedeutet. Ferner wurde vereinbart, dass Bezieher der geplanten Grundrente für langjährige Geringverdiener in ihrer bisherigen Wohnung bleiben können und nicht nach der Bedürftigkeitsprüfung zum Umzug in eine kleinere verpflichtet werden. Laut aktueller Prognose der Bundesregierung wird der Beitragssatz bis 2022 unverändert auf dem aktuellen Stand von 18,6 Prozent bleiben. Bis 2025 wird mit einem Anstieg auf 20,1 Prozent gerechnet. Im Jahr 2031 würden bereits 21,9 Prozent fällig.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101421/union-und-spd-einigen-sich-auf-obergrenze-fuer-renten-beitragssatz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619